

Zeitschrift: Die Vorkämpferin : verfocht die Interessen der arbeitenden Frauen
Herausgeber: Frauenkommission der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz
Band: 13 (1918)
Heft: 7

Artikel: Dringende Aufgaben für die kommende Zeit
Autor: R. B.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-351575>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 06.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

eilte eine Nachbarin zu Hilfe. Keine Windel, rein nichts war da für das Kleine. Die Behörde wurde ersucht, diesem Tier von einem Manne polizeilich die Wohnung zu verbieten und ihn von der Frau zu trennen. Die Behörde zögerte einige Wochen, bis sie sich bequemte, einzugreifen. Die Frau erzählte mir, in was für grauenhafter Angst sie die Zeit gelebt habe, denn eine dritte Schwangerschaft hätte sie zur Verzweiflung gebracht.

Da wäre noch ein weites Wirkungsfeld für uns Frauen und — für Mäntinnen. Gerade diese, die selbst Frauen sind, kennen und fühlen doch besser als Mänt die Seelenvorgänge der Frau. Leider sind ihnen durch das Gesetz noch vielfach die Hände gebunden. Ist die Frau einmal zu ihren politischen Rechten gelangt, so wird sie wohl die einzig Berufene sein, die hier gerechten Wandel schaffen kann. Unter dem philisterhaften Zopfe der bürgerlichen Männerwelt können diese namenlosen Leiden nicht gehoben werden. Hier, in solchen Dingen kann nur die Seele der Frau die Richterin sein und nicht auf die Erhöhung der Wehrkraft abgezielte Gesetzesparagrafen.

Diese Fragen in den Vordergrund zu stellen, um da und dort sie zur Diskussion zu bringen, ist der Zweck dieser Zeilen.

M. Mü d t - S n e i c h e n.

Ausländerhege.

In der „Familie“, Genossenschaftsblatt des Lebensmittelvereins Zürich, Nr. 18 vom 3. Mai, ist eine Zuschrift veröffentlicht worden, welche die Redaktion wohlwollend „launig“ nennt. Es handelt sich darin in erster Linie um Kochrezepte, die mit Recht kritisiert werden, aber dabei bemerkt die Schreiberin, Frau L. Th. unterzeichnet, die Vorgesandtheit, um ihr „Herz auszuweichen“, wie sie bemerkt. Werfend, welche schöne Dinge so ein Hausfrauenbroschüre enthalten kann! Da heißt es in dem Briefe u. a.: „Wir, die Frau und ihr Mann, zwei kinderlose Eheleute, sind sicherlich noch schlechter daran, als alle diejenigen, die zum Notstand laufen. Dort sind zwei Drittel Ausländer, für die mit seltener Liebe gesorgt wird.“ Worin besteht denn die Bevorzugung der Ausländer? Daß sie dieselben Rationen und zu gleichen Preisen bekommen wie die Schweizer? Die hochherzige Frau möchte vielleicht, daß man den Ausländern die Rationen, die sie selbst sehr knapp findet, noch verkürzere oder ganz entziehe und die Leute dem Hunger und der damit verbundenen Tuberkulose preisgebe? Und weiter geht es in demselben Ton? „Nebenbei wohnt eine Familie, deren Kinder in schönen und Chevreau-Schuhen herumspringen, während im schweizerischen Mittelstande viele Kinder Holzschuhe tragen. Aber die Nachbarnfrau hat den Mann im Krieg (die Vereidenschaftswerte!) und bekommt deutsche und schweizerische Unterstützung.“ Soll man etwa den ausländischen Kriegerfrauen die Unterstützung entziehen? Ich möchte wissen, wie sich die ausländischen Kriegerfrauen, die auch Mitglieder des Lebensmittelvereins sind, zu solchem Antrag stellen würden und überhaupt, was sie über ihre glänzende Lage zu berichten hätten? Aber die Verfasserin des Briefes möchte, wie es scheint, daß man statt für fremdländische Kriegerfrauen und Kinder, statt für notleidende Schweizer und Ausländer, lieber für kinderlose Eheleute aus dem schweizerischen Mittelstande Sorge; für Leute, deren Notlage so groß ist, daß sie sich eine Kuh, „um Butter zu haben“ und einen Acker, zusammen für 2000 Franken, kaufen könnten — leider kam die Milchrationierung, und jetzt haben wieder die Armen noch eine Kartoffelbeschlagnahme zu „fürchten“. Dieser empörende Brief ist zwar in dem Diskussionshefte des Blattes erschienen. Es bleibt aber doch höchst seltsam, daß die Redaktion, dazu noch ohne jeden Kommentar, Ausführungen veröffentlicht, die gegen die Notstandsaktion, gegen die Rationierung und Beschlagnahme der Lebensmittel, also gegen die vitalsten Interessen des proletarischen Teils der Mitglie-

der des L. B. Z. gerichtet sind und dazu noch einen unverkennbaren Beigeschmack der Fremdenhege aufweisen.

Die Frau L. Th. hofft, daß ihre „Gedanken bei mancher Leserin geneigtes Ohr finden werden“. — Das mag schon sein, aber ist denn das genossenschaftliche Blatt dazu da, um den Austausch solcher Gedanken wie die oben zitierten zu fördern?

St. H. Z.

Die Kritik in vorstehenden Ausführungen ist umso angebrachter, als es sich um das Organ einer großen Genossenschaft handelt. Leider begegnet man auch in unseren Kreisen vielfach der irrigen und von wenig internationalem Geiste zeigenden Auffassung, als ob die Ausländer bevorzugt würden. Dagegen heißt es Stellung nehmen und die Proletarierinnen davon bewahren, daß sie den gerechten Unwillen gegen die heutige Mißwirtschaft an den durchaus Unschuldigen auslassen.



Dringende Aufgaben für die kommende Zeit.

Gewerkschaftliche Organisation.

Wird schon die männliche Arbeitskraft ausgebeutet, muß gesagt werden, daß an der weiblichen direkt Raubbau getrieben wird. Heute rächt es sich bitter, daß die Arbeiterinnen nur in verschwindend kleiner Zahl gewerkschaftlich organisiert sind. Die weibliche Arbeitskraft ist schutzlos dem Unternehmer ausgeliefert. Frauenlöhne von Fr. 2.50 bis 3.50 im Tage sind keine Seltenheit, sie gehören zu den täglichen Erscheinungen. Statt vieler Worte mögen einige Zahlen sprechen: Eine Modistin, welche eine Berufslehre absolviert hat, verdient heute nach drei Jahren Beschäftigung als Arbeiterin 80 Fr. im Monat, eine schon viel besser Gestellte, die sehr geschickt ist, 120 Fr. Während der stillen Zeit im Hochsommer oder im Winter sehr oft noch arbeitslos.

Eine Verkäuferin mit Sprachkenntnissen, guten Umgangsformen, Branchekenntnissen, verdient 80 bis 120 Fr., sehr tüchtige Kräfte bis 150 Fr. Eine Kontoristin ohne Handelschulbildung, immerhin mit Praxis, 70 bis 110 Fr. Von den Löhnen der Heimarbeiterinnen gar nicht zu reden, da sind sehr oft Tagesverdienste von Fr. 1.50 und noch weniger zu verzeichnen. Kartonnagearbeiterinnen beziehen Löhne von Fr. 2.50 bis 4.50 zürk. Munitionsarbeiterinnen für sehr strenge Arbeit Fr. 4.50 im Tage.

Für die schlechtest entlohnte Frauenarbeit kann nur ein Minimallohngesetz von Nutzen sein. Ferner für alle Berufsarbeiterinnen der Eintritt in die Berufsorganisation. Gewerkschaftliche Kämpfe werden den Arbeiterinnen nicht erspart bleiben. Wir hören schon heute von spontan ausgebrochenen Streiks in Berufen, die bis vor kurzem noch weit entfernt von der Organisation waren. Aufgabe der politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen: Bildung von sogenannten Lohnämtern, die zu untersuchen haben, ob die ausbezahlten Löhne genügend sind, wenn nicht, sofortiges Einschreiten, Eingaben an die Einigungsämter, Veröffentlichung der Firmen, die solche Hungerlöhne bezahlen. Dieses Vorgehen gilt vor allem für diejenigen Berufsgruppen, die keine starken Gewerkschaftsverbände haben, oder für Betriebe, in denen nur sehr wenig Arbeiterinnen und Angestellte beschäftigt sind. Vornehmste Aufgabe: Gewinnung aller dieser Arbeitskräfte für die gewerkschaftliche Organisation. Da es aber den Funktionären der Gewerkschaften oft sehr schwer fällt, an die Arbeiterinnen zu gelangen, sich Vertrauen zu erwerben, hat die Solidaritätsaktion der schon organisierten Arbeiterschaft einzusetzen. Man stütze sich nicht auf andere, sondern mache die Arbeit selbst.

Bildung von Wirtschaftsräten.

Die Behörden haben uns den glänzenden Beweis ihrer Unfähigkeit gegeben. Wir machen ihnen in diesem Zusammenhang keine Vorwürfe, wir konstatieren bloß. Es ergibt sich aus dieser Tatsache das eine mit aller Deutlichkeit, ein tüchtiger Verwaltungsarbeiter ist nur höchst selten imstande, auch praktische Arbeit zu leisten. Die Zeit der Eingaben an die Behörden, die wir dann ruhig ihrem Schicksal überlassen, ist vorbei. Wir können nicht mehr warten, jeder Aufschub schädigt vor allem die Arbeiterklasse. An jedem Orte haben sich Genossen und Genossinnen zusammenzuschließen und einen Wirtschaftsrat zu bilden; dieser hat unter Berücksichtigung der lokalen Verhältnisse die besonderen Bedürfnisse zu prüfen und bei den Behörden die besprochenen Forderungen zu vertreten. Damit dies in wirkungsvoller Art geschehen kann, sind die lokalen Fürsorgekommissionen in Wirtschaftsämtern auszubauen, in denen vor allem die Arbeiterklasse Sitz und Stimme hat. Aufgabe der Wirtschaftsämter ist, Vor- und Fürsorge zu treffen nicht nur für Lebensmittel, sondern für alle Bedarfsartikel, wie Schuhe, Kleider, Wäsche, Beheizung usw.

Gleiche Institutionen sind auch kantonale zu schaffen. Auf dem Gebiete des Bundes ist zur Schaffung eines eidgenössischen Ernährungsamtes eine Interpellation eingereicht worden. Das Schicksal derselben kennen wir heute noch nicht.

Kommunale Fürsorgetätigkeit.

Schon heute sind die notwendigen Schritte einzuleiten, um überall genügend Wärmestuben zu errichten. In Anbetracht der außerordentlich hohen Preise für Beheizung und Beleuchtung wird es dem alleinstehenden Arbeiter nicht möglich sein, seine Stube zu erwärmen und zu beleuchten. Als Wärmestuben geeignet sind Gesellschaftssäle von Hotels, Schulklokalitäten, Theater, Kinos. Die Frage ist zu prüfen, inwieweit Inhaber von Restaurants, Kaffees usw. verpflichtet werden können, auch Gäste, die nicht konsumieren, aufzunehmen.

Erhebungen über die Lebensweise der Bevölkerung.

Darüber sind genaue Ermittlungen zu machen; die Lehrerschaft ist zu verpflichten, sich daran zu beteiligen und die Beobachtungen bei den ihnen anvertrauten Schülern an die Wirtschaftsämter weiterzuleiten.

Forderungen an die Schulbehörden der Städte und größeren Gemeinden mit Industriebevölkerung.

In den Abschlussklassen ist statt einer Wochenstunde weiblicher Handarbeit eine Stunde Wirtschaftslehre zu erteilen, unter besonderer Berücksichtigung der Dörr- und Trocknungsverfahren. Die dazu notwendigen Gemüse und Früchtesorten sind von den Gemeinden zur Verfügung zu stellen. Der Unterricht kann im Freien oder bei schlechtem Wetter in den Turnhallen erteilt werden.

Arbeiterinnenorganisation.

Einberufung von öffentlichen Versammlungen zur Besprechung obiger Postulate; Gewinnung neuer Mitglieder für die Organisation mittels der Versammlungen; Hausagitation; Rundgebungen an die Behörden. Die Frauen drängen sich heute in die Versammlungen, die momentane Lage spricht eine allzu deutliche Sprache. Die lokalen Parteioorganisationen sind zu veranlassen, Frauenversammlungen einzuberufen, und wo das nicht geschehen ist, Frauengruppen zu gründen. Nicht nur die wirtschaftlichen Mißstände sind an den Versammlungen zu besprechen, sondern überhaupt die kapitalistische Wirtschaftsordnung, Weltkrieg und Welt Hungersnot; die Aufgabe der Arbeiterklasse; die Notwendigkeit der politischen Gleichberechtigung der Frauen, Wahl- und Stimmrecht; gleiche Entlohnung der Frauenarbeit wie der Männerarbeit.

Zeigen wir uns unserer Aufgabe gewachsen, benützen wir jede Gelegenheit, den Ausbau der Organisation auf politischem, gewerkschaftlichem und genossenschaftlichem Boden zu fördern. Noch nie war es so leicht, die Unvollkommenheit der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu beweisen und darauf hinzuweisen, daß nur eine sozialistische Gesellschaftsordnung imstande ist, die Menschheit vor Hunger, Not, Elend, Krieg und Ausbeutung zu bewahren.

Auf, Genossinnen, zur Gegenwarts- und Zukunftsarbeit!

R. B.

Proletarische Mutterfreuden.

Eine junge Arbeiterin erwartet ihr erstes Kind. Voll Freude ist sie darüber. Sie denkt sich aus, wie gut sie das kleine Wesen pflegen, wie stolz sie es herumtragen wird. Es sollte anders kommen. Der Mann wird lungenkrank, muß ins Sanatorium. Sie bleibt mittellos zurück, muß zur Armenpflege. Dort heißt es: „Entweder arbeiten oder darniederbleiben Sie in die Heimatgemeinde abgeschoben.“ Natürlich will sie arbeiten. Von ihrer bernischen Heimatgemeinde kann sie überhaupt nichts Gutes erwarten. Sie nimmt eine Stelle an. Ueberarbeitet sich. Schon naht die Zeit der Entbindung. Der Arzt verordnet Ruhe. Aber wo sich pflegen? Sie hat keine Wohnung mehr. Die Möbel sind irgendwo bei der Armenpflege eingestellt. Und nach der Entbindung wohin mit dem Kind? Sie bleibt ratlos. Es bleibt kein anderer Ausweg, als wieder zur Armenpflege zu gehen. Geduldig, sanft, wie es nur eine vom Schicksal Enterbte sein kann, fügt sie sich in ihr Los. Aber die Träume von Mutterfreuden und Glück sind verschwunden. Es bleibt nichts als die barge Sorge um die Zukunft. Arbeiterinnen-schicksal in unserer heutigen Gesellschaft.

M. Ch.

Mary und wir.

Die bekannte revolutionäre holländische Vorkämpferin Henriette Roland-Solst schreibt in der Mainnummer der Genfer Monatschrift „Demain“ unter dem Titel „Zum Andenken an Karl Marx“:

In den Jahren der Entartung der zweiten Internationale, in den Jahren also, die dem Weltkrieg vorausgingen, ist auch die wissenschaftliche sogen. „marxistische“ Literatur aufs Bedenklichste entartet. Unter den einzelnen Ausnahmen wären die Namen von Rosa Luxemburg, Anton Pannekoek, Karl Radek, Leo Trotzki und Lenin zu nennen, sowie einige französische, italienische und amerikanische Syndikalistin. Was der Sozialismus heute braucht, sind vor allem Gelden der Tat. Nur solche dürfen sich überhaupt Marxisten nennen. Allen andern ist dieser Ehrentitel zu verweigern. Wir nehmen den Namen Marxist für uns in Anspruch, obwohl wir Formen des Klassenkampfes befürworten, wie den Massenstreik, die Marx kaum hat voraussehen können und obwohl wir Organisationsformen propagieren, wie die Arbeiter- und Soldatenräte die er ebensovienig gekannt.

Denn wir wissen, daß die einzige Weise, um Marx tatsächlich zu ehren, die kräftige Fortsetzung des Kampfes für die Befreiung der Arbeitermassen ist, und zwar mit den Waffen, die uns in dem gegenwärtigen Zeitalter des Kapitalismus, im Imperialismus möglich und notwendig verkommen. Und wir begrüßen den wahren Vertreter des marxistischen Geistes und der marxistischen Ideen: diese siegreichen Bolschewiki!

